

Brüssel- Seminar

13.-15.11.2024



Seminar im Europarecht

Themen: Aktuelle Rechtsfragen des institutionellen und materiellen Unionsrechts

Das Seminar beinhaltet neben einer Einführungsveranstaltung und zwei Seminarnachmittagen in Freiburg eine dreitägige Reise nach Brüssel, wo mehrere Institutionen u.a. der Europäischen Union besucht werden (Europäische Kommission, Europäisches Parlament, Rat der EU, Schweizer Mission, etc.).

Teilnahmevoraussetzungen

- Das Seminar richtet sich an Studierende im Master- oder Bachelorstudium, die sich besonders für das Recht der Europäischen Integration interessieren
- Besuch der Einführungsveranstaltung am **14. Mai 2024 um 18:15 Uhr** (Themenvergabe; siehe Themenliste im Anhang)
- 15-minütiger Vortrag zum jeweiligen Seminarthema an einem Seminarnachmittag in Freiburg (**31.10. resp. 08.11.2024, 14:15-18:00 Uhr**). Die Teilnahme an beiden Terminen ist obligatorisch und Voraussetzung für die Anerkennung.
- Teilnahme an der dreitägigen Studienreise nach Brüssel vom **13.-15. November 2024**
- Verfassen einer (Pro)Seminararbeit bis zum **28. Februar 2025** (fakultativ, siehe unten)
- Zwingend: Gutes Passivverständnis der französischen, deutschen und englischen Sprache
- Anmeldung mittels Formular (<https://www3.unifr.ch/ius/epiney/de/lehre/seminare/>) sowie mit Notenblättern, Sprachnachweisen und einem Motivationsschreiben bis **30. April 2024** an evamariamichelle.hunziker@unifr.ch (min. 10 und max. 15 Teilnehmende)
- Kosten: CHF 150.- (2 Übernachtungen inkl. Frühstück). Nicht inbegriffen ist die An- und Abreise nach Brüssel. Diese ist von den Studierenden individuell zu organisieren und zu finanzieren. Die Versicherung ist ebenfalls Sache der Studierenden.

Validierung

1. Seminararbeit Master (5 ECTS): Mind. abgeschlossenes IUR II, Teilnahme an allen Terminen, Halten eines 15-minütigen Vortrags, Verfassen einer schriftlichen Arbeit im Umfang einer Proseminararbeit (36'000-60'000 Zeichen)
2. Spezialkredite Master (5 ECTS): Mind. abgeschlossenes IUR I, Teilnahme an allen Terminen, Halten eines 15-minütigen Vortrags, Verfassen einer schriftlichen Arbeit im Umfang einer Proseminararbeit (36'000-60'000 Zeichen)
3. Spezialkredite Master (2 ECTS): Mind. abgeschlossenes IUR I, Teilnahme an allen Terminen, Halten eines 15-minütigen Vortrags
4. Proseminararbeit Bachelor (3 ECTS) und Spezialkredite Master (2 ECTS): Mind. abgeschlossenes IUR I, Teilnahme an allen Terminen, Halten eines 15-minütigen Vortrags, Verfassen einer schriftlichen Arbeit im Umfang einer Proseminararbeit (36'000-60'000 Zeichen)

Themenliste

Institutionelles EU-Recht:

- 1) Unionsausnahmeverfassungsrecht – Die Abstützung von EU-Massnahmen in der Eurokrise (EFSM) und während der Pandemie (*NextGenerationEU*) auf Art. 122 AEUV
- 2) Der Spielraum der EU bei den Beitrittsvoraussetzungen: Rechtsnatur, rechtlicher Gehalt und (gerichtliche) Durchsetzbarkeit der Kopenhagener Kriterien – Darstellung und Bewertung
- 3) EU-internes Abschlussverfahren bei *soft law* und die Wahrung des institutionellen Gleichgewichts am Beispiel des *Memorandum of Understanding on a Strategic and Global Partnership* zwischen der EU und Tunesien vom 16. Juli 2023

Freizügigkeit und Migration:

- 4) Zulässigkeit von Freizügigkeitsbeschränkungen während der COVID-19 Pandemie im Lichte jüngerer EuGH-Rechtsprechung (Rs. C-128/22, *NORDIC INFO*)
- 5) Grenzen für den Verlust der Unionsbürgerschaft: Analyse der *Tjebbes*-Folgerechtsprechung (insb. Rs. C-118/20, *Wiener Landesregierung* [Widerruf einer Einbürgerungszusicherung], und Rs. C-689/21, *Udlændinge- og Integrationsministeriet* [Verlust der dänischen Staatsangehörigkeit])
- 6) Kernbestandsschutz der Unionsbürgerschaft: Die Weiterentwicklung der *Ruiz Zambrano*- und *Chavez-Vilchez*-Rechtsprechung des EuGH (unter Berücksichtigung von Rs. C-459/20, *Staatssecretaris van Justitie en Veiligheid* [Mère thaïlandaise d'un enfant mineur néerlandais], und verb. Rs. C-451/19 und C-532/19, *Subdelegación del Gobierno en Toledo*)
- 7) Internationaler Schutz für Opfer von geschlechtsspezifischer Gewalt: Die Rolle von völkerrechtlichen Verträgen der EU bei der Auslegung des Flüchtlingsbegriffs (Rs. C-621/21, *Intervyuirasht organ na DAB pri MS* [Frauen als Opfer häuslicher Gewalt])

Umwelt und Nachhaltigkeit:

- 8) Zugang zu Unionsgerichten im Lichte der neuen Aarhus-Verordnung: Werden die Rechtsschutz-Vorgaben gemäss Art. 9 Abs. 3 Aarhus-Konvention erfüllt?
- 9) Richtlinienvorschlag über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit: Auswirkungen auf die Schweiz sowie Vergleich mit dem Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative (AS 2021 846, AS 2021 847)
- 10) Klimaklagen – Zulässigkeitschürden vor dem Schweizerischen Bundesgericht und dem EGMR am Beispiel insbesondere der KlimaSeniorinnen

Beziehungen Schweiz-EU:

- 11) Die Rolle der Kantone in den bilateralen Beziehungen Schweiz–EU unter besonderer Berücksichtigung der Zusammenarbeit im Bereich Schengen
- 12) Familiennachzug gemäss dem Freizügigkeitsabkommen Schweiz–EU und dem Ausländer- und Integrationsgesetz
- 13) Die Aufenthaltsbeendigung aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gemäss dem Freizügigkeitsabkommen Schweiz–EU unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Schweizerischen Bundesgerichts
- 14) «Andocken» der Schweiz an den EFTA-Gerichtshof: Denkbare Ausgestaltung, Vorteile und Nachteile?